

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

21.3.1908 (No. 92)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 21. März.

№ 92.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gestaltete Zeile oder deren Raum 20 Pf. Beträge und Gebüh. frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortlichkeit für irgendwelcher Vergütung übernommen.

1908.

Ämtlicher Teil.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 3. März d. J. gnädigt bewogen gefunden, den nachgenannten jetzigen und ehemaligen Angehörigen des I. und II. Seebataillons die folgenden Auszeichnungen zu verleihen und zwar:

A. vom I. Seebataillon:

1. das Ritterkreuz erster Klasse des Ordens vomährigen Löwen:
dem Marine-Oberstabsarzt Dr. Meise (jetzt im Reichsmarineamt);
2. das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern desselben Ordens:
dem Hauptmann Schering (jetzt Kompaniechef im III. Seebataillon),
dem Hauptmann von Boffe (jetzt Adjutant beim Kommando der Schutztruppe für Südwestafrika) und
dem Marine-Stabsarzt Dr. Wiemann (jetzt auf S. M. S. Württemberg);
3. das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Schwertern desselben Ordens:
dem Oberleutnant Eckstein (jetzt im III. Seebataillon) sowie
den Leutnants Boehm und Hildebrandt;
4. die silberne Verdienstmedaille am Bande des militärischen Karl-Friedrich-Verdienstordens:
den Feldwebeln Pawlowski und Gollenbeck,
den Sergeanten Herberth und Wege,
dem Sergeanten Ricklaus sowie
dem Bizefeldwebel Brunick (jetzt beim III. Stamm-Seebataillon);

B. vom II. Seebataillon:

1. die kleine goldene Verdienstmedaille am Bande des militärischen Karl-Friedrich-Verdienstordens:
dem Feldwebel Lang;
2. die silberne Verdienstmedaille am gleichen Bande:
dem Bizefeldwebel Grathwol und
dem überzähligen Gefreiten Friedel.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 6. März d. J. wurde Betriebsassistent Adolf Neudecker in Waldshut nach Elzach versetzt.

Nicht-Ämtlicher Teil.

Deutsch-englische Beziehungen.

Die Erörterungen der englischen Presse über die Tweedmouth-Angelegenheit erfreuten zum großen Teile durch ihre Sachlichkeit. Besonders Interesse verdient aber ein längerer Artikel der englischen Zeitschrift „The Nation“, weil ihr die Tweedmouth-Angelegenheit die Anknüpfung zu höchst beachtenswerten Auslassungen über das Verhältnis zwischen den beiden Nationen bietet.

Die Zeitschrift stellt fest, daß die Bedrohung des Friedens nur durch die Kriegstreiber, keineswegs durch die tatsächlichen Verhältnisse, insonderheit nicht durch die Entwicklung der deutschen Flotte herbeigeführt werde. Denn so imponant auch diese Entwicklung an und für sich sei, so reiche sie doch noch lange nicht dazu hin, die deutsche Flotte der englischen ebenbürtig zu machen. Trotz des beschleunigten Tempos, das nach dem neuen deutschen Flottengesetz bis zum Jahre 1911 für den Flottenbau gesichert ist, und das zweifellos nach diesem Termine durch eine weitere Flottenvermehrung auch für die späteren Jahre gesichert bleiben wird, wird die deutsche Flotte im Jahre 1912 immer nur erst kaum die Hälfte des Bestandes der englischen Flotte an allergrößten Schiffen haben und bei den großen Kriegsfahrzeugen anderer Art wird die Differenz eine noch größere sein. Damit bestätigt die Zeitschrift, was wohl den Hauptinhalt des Briefes des Kaisers an Lord Tweedmouth gebildet haben dürfte: die Tatsache nämlich, daß die deutsche Flotte immer nur ein Werkzeug der Verteidigung, nicht des Angriffs, sein wird. Es ist aber natürlich von großem Werte, daß eine solche Tatsache gerade von englischer Seite bestätigt wird, und es wird den Interessen des Friedens zwischen den beiden Völkern sehr dienlich sein, wenn diese englischen Stimmen sich in Zukunft mehreren würden.

Mit einer Beilage: Ämtliche Gewinnliste der 19. Berliner Pferde-Lotterie der Technischen Kommission für Trabrennen.

Daß dies möglich werde, ist aber zugleich auch eine Aufgabe der deutschen Presse. Sie wird daran gut tun, weder bei jedem neuen Fortschritte und jeder Verstärkung der deutschen Flotte einen Dithyrambus anzustimmen, noch in das entgegengelegte Extrem zu verfallen, und die deutschen Schiffe als „schwimmende Särge“ zu verschreien und die Regierung mit Vorwürfen zu überschütten, weil sie nicht im Handumdrehen diese „Särge“ in lauter „Dreadnoughts“ verwandelt. Damit werden nur die Geschäfte derer besorgt, die in England zu einem Angriffskriege gegen Deutschland treiben möchten. Wenn freilich „The Nation“ die englischen Konservativen schlechthin als Kriegstreiber gegen Deutschland hinstellt, so scheint uns dies der einzige schwache Punkt an dem sonst so vortrefflichen und gerechten Artikel der Zeitschrift zu sein. Zugabe ist gewiß, daß, als Ganzes genommen, die englische unionistische Partei imperialistischer und deutschfeindlicher ist, als die gegenwärtig am Ruder befindlichen Liberalen es sind. Trotzdem wäre es nicht richtig, die englischen Konservativen insgesamt als nach einem Kriege mit Deutschland gierig ohne weiteres hinzustellen. Sie sind von 1895 bis 1905 am Ruder gewesen und, obwohl es in dieser Zeit an starken Verstimmungen zwischen beiden Ländern nicht gefehlt hat, obwohl damals der schärfste Feind Deutschlands in England, Chamberlain, eine fast allmächtige Stellung inne hatte, ist es doch nicht zum Kriege gekommen. Es gab eben damals und gibt auch heute unter den englischen Konservativen Männer genug, die die Gefährlichkeit eines Krieges gegen Deutschland klar erkennen. Sache der deutschen Politik und der deutschen Presse wird es sein, diesem verständigen Teile der Konservativen durch eine ruhige und besonnene, den geschäftigen Widersachern vom Eschlage der „Times“ keine Wöste darbietenden Politik und Sprache den Rücken zu stärken. Diese Aufgabe scheint uns recht wichtig, denn die englischen Erwählungen des letzten Jahres machen es wahrscheinlich, daß in vier bis fünf Jahren die Konservativen in England wieder ans Ruder kommen werden. Dann werden sich unzweifelhaft die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwischen Deutschland und England verstärken. Um so bedeutungsvoller wird es deshalb sein, Sorge zu tragen, daß zu den wirtschaftlichen Reibungen nicht politische hinzutreten. Deshalb werden die Stimmen des Friedens von dieser Seite des Kanals ebenso vernehmlich erschallen müssen, wie sie aus den Spalten der „Nation“ von der anderen Seite herüberdrönen. Der deutschen Würde brauchen wir darum ebensowenig etwas zu vergeben, wie „The Nation“ in ihrem Artikel dem englischen Stolz auch nur das geringste vergibt.

Neue Kämpfe in Südwestafrika.

(Telegramme.)

* Berlin, 19. März. Nach einem Telegramm des Oberleutnants v. Storf griff das Expeditionskorps des Hauptmanns v. Erdert am 16. März die Werft Simon Coppers mitten in der Kalahari, nordöstlich von Geinab, an. Der Feind verlor an Toten 58 Männer; 7 Männer und einige Weiber wurden gefangen genommen. Simon Copper entkam in den dichten Busch; der Rest der Werft zerstreute sich nach Süden und Südwesten zu. Hauptmann v. Erdert, Leutnant Gbinger und 12 Mann sind gefallen; 9 Mann wurden schwer, 3 Offiziere und 5 Mann leicht verwundet.

Das Expeditionskorps war in zwei Kolonnen von Gochas um 6 Uhr und von Arahob um 8 Uhr in einer Gesamtstärke von 430 Weibern mit vier Maschinengewehren und 700 Kamelen aufgebrochen. Am 11. März vereinigte sich das Korps bei Geinab; nach vier Tagen wurde zum erstenmal abgelagert. Die tägliche Wasserration für den Mann betrug bei heißer und trockener Witterung zuerst zwei, dann einen Liter. Bei Geinab war das letzte Wasser gefunden worden; es reichte aber nicht zum Tränken der Kamelen. Hauptmann Erdert hatte auf der Spur Simon Coppers am Abend des 15. März dessen Werft erkundet. Am 16. März mit Tagesanbruch griff er die Werft mit zwei Detachements unter den Hauptleuten Grüner und Willeke an; er fiel jedoch gleich bei Beginn des Gefechts, Hauptmann Grüner übernahm das Kommando und befahl dem im Halbkreis um die Werft liegenden Expeditionskorps ununterbrochenen Anlauf gegen den Feind. Dieser wurde zwei Stunden lang von Stellung zu Stellung gezwungen, bis er vormittags halb 8 Uhr seinen verzweifeltsten Widerstand

aufgab und in regelloser Flucht nach dem Süden und Südwesten auseinanderlief. Erbeutet wurden 29 Gewehre, zahlreiche Munition, eine kleine Herde Vieh, sowie einige Pferde. Das Gottentottenkommando, das am 8. März nördlich von Koes eine Patrouille überfallen hatte, scheint bereits am 15. März wieder bei Simon Copper gewesen zu sein.

Hauptmann Grüner geht zunächst zum Wossobgurück, weil er Wasser haben muß; dort findet er das letzte sichere Wasser in Arahob. — Simon Copper ist schwer geschädigt, aber noch nicht endgültig beseitigt. — Die weitere Grenzbeobachtung und erneute Expeditionen bleiben nötig. — Nach einer Meldung des Oberleutnants v. Storf muß die Leitung des Expeditionskorps als eine ganz hervorragende Leistung bezeichnet werden. — Mit dem tapferen und bewährten Führer, Hauptmann v. Erdert, verliert die Schutztruppe einen ihrer besten Offiziere.

* Berlin, 20. März. Auf den Seiner Majestät dem Kaiser unterbreiteten Bericht über das Gefecht gegen Simon Copper am 16. d. M. ist dem Kommando der Schutztruppen im Reichskolonialamt nachstehendes Telegramm des Kaisers zugegangen:

Die Meldung von der hervorragenden Leistung des Expeditionskorps Erdert hat mich mit freudigem Stolz, zugleich aber auch mit tiefer Trauer über den Verlust der Offiziere und Mannschaften erfüllt, welche den Erfolg über den Feind mit dem Tode befestigten. Ich spreche dem Kommando meine wärmste Teilnahme an dem Tode dieser Braven und ganz besonders über denjenigen des Hauptmanns v. Erdert, eines der besten und ritterlichsten Offiziere der Schutztruppe, aus.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 19. März.

Abg. Müller-Meiningen (Freis. Vp.) konstatierte die veröhnliche Stimmung zwischen dem Vertreter des Kolonialamts und dem Zentrum. Die Resolution seiner Partei solle dem Reichstempfinden in den Kolonien dienen, ebenso wie es die Absicht des analogen Zentrumsantrages sei. Wenn aber der letztere für die Weissen in Strafsachen eine Berufungsinstanz und das Reichsgericht als Revisionsinstanz verlange, so erscheine ihm das unmöglich. Es würde dazu ein Senat beim Oberlandesgericht in Hamburg viel besser passen. Der Antrag seiner Partei ginge weiter und verlange, daß eine allmähliche Trennung von Justiz und Verwaltung in den Kolonien in die Wege geleitet werde. Der Antrag seiner Partei wolle ferner zur Vorbereitung eine Kodifizierung des Eingeborenenstrafrechts unter tunlichster Berücksichtigung der Rechtsgebräuche der Eingeborenen allgemeine Anweisungen über die Anwendung des deutschen Strafrechts erlassen. Unferne Rechtsbegriffe müßten denen der Schwarzen näher gebracht werden. Das gehe aber nicht mit unserem Juristenrecht. Die Prügelstrafe müßte geregelt und allmählich beseitigt und durch Geldstrafen ersetzt werden, wie es der Staatssekretär auch zugesagt habe. Die Trennung zwischen Justiz und Verwaltung könne natürlich nicht plötzlich, sondern nur allmählich erfolgen. Seine Partei habe das größte Interesse an der wirtschaftlichen und ethischen Entwicklung des Kolonialbestes und seiner Einwohner; sie hoffe aber, daß der Staatssekretär nur die Vorteile der europäischen Kultur nach den Kolonien einführe, nicht auch gewisse Nachteile, wie die unferne konfessionelle Verheerung.

Staatssekretär Dernburg erklärte, er sehe in der Resolution Abfall und in der des Grafen Compech den Wunsch, die Rechtspflege in den Kolonien mit größeren Garantien zu umgeben. Hinsichtlich der Streitigkeiten, welche Weiße betreffen, sei es als Angeklagte, sei es als Zivilpartei, sowie hinsichtlich der Streitigkeiten zwischen Weissen und Schwarzen sei die Trennung von Justiz und Verwaltung in allen Kolonien nahezu durchgeführt. In Ostafrika seien zwei Gerichte mit etatsmäßigen Richtern besetzt; das dritte Gericht in Mwanza werde vom Bezirksamt mitberufen. Doch die formale Trennung der Justiz und Verwaltung werde sich nicht erreichen lassen. Notwendig sei, daß genügendes Personal für die Rechtspflege vorhanden sei, was bisher nicht der Fall gewesen sei. Es sei unsere Aufgabe, die Schwarzen nicht nur nach ihrem eigenen Heimatrecht zu beurteilen, sondern sie einer der höheren Kultur entsprechenden Rechtsordnung zuzuführen. Gegen eine Kodifikation des Eingeborenenrechts habe er gewisse Bedenken. Er möchte sich für eine Kodifikation erst aussprechen, wenn das dazu erforderliche Material überhaupt vorliege. Die Frage, ob kodifiziert oder nur eine Darstellung des Eingeborenenrechts gegeben werden solle, möchte er nicht beantworten. Anfang des Sommers des vorigen Jahres habe er verschiedene Anordnungen in allen Kolonien über die Regelung der Prügelstrafe erlassen. Die Eingeborenenkommissare haben nach seiner Vorstellung darauf zu sehen, daß die für die eingeborenen Arbeiter erlassenen Vorschriften richtig und strikt durchgeführt werden. Die Eingeborenenkommissare sollen eine Art schiedsrichterliche Tätigkeit ausüben, aber nur bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis. Die Einführung einer Berufungsinstanz für die Schutzgebiete sei gewiß durchführbar. Ob die Revisionsinstanz das Reichsgericht sein müsse, oder ob man nach dem Umfang des Gegenstandes unterscheiden solle, lasse er dahingestellt. Mit der Beschaffung

einer Berufungsinstanz im Deutschen Reich sei er durchaus einverstanden. Gegenüber dem Abg. Erzberger bemerkte er, es sei unrichtig, daß er sich früher über Südwestafrika mit außerordentlichem Optimismus ausgesprochen hätte, der jetzt verschwunden sei. Er halte noch heute die südwestafrikanische Kolonie für die gesündeste und für die Landwirtschaft für ausgezeichnet. Auch daß er sich der Ansicht der Zentrums-partei ganz besonders genähert hätte, sei ein Irrtum. Seine Anschauungen müssen von jedem Deutschen ohne Unterschied der Partei gebilligt werden. Er halte eine Trennung der Aufgaben der Mission in Verbreitung des Christentums und Durchführung der Kolonialpolitik nach wirtschaftlichen und gerechten Gesichtspunkten zurzeit für das Wichtigste für die Kolonie. Gegenüber dem Tadel des Vorredners wegen der Schule in Dar-es-Salaam hob der Redner hervor, daß er ja die Schule wieder eröffnen ließ; er wünsche nur, daß Schüler kommen und daß es nicht bei einer verschwindend kleinen Zahl bleibe. Der Staatssekretär ging dann auf die Beschränkung des Reichszuschusses für die Kolonien ein und wies auf die Denkschrift vom November 1908 hin, in welcher die Grundsätze mitgeteilt seien. Es solle damit erzielt werden, daß wir von vornherein wissen, was unsere Kolonien kosten. Jetzt wisse man, daß die Kolonialbahnen nicht nur keinen Zuschuß brauchen, sondern sogar Heberschuß bringen. Es sei gewünscht worden, eine besondere Anleihe zu machen. Die Schuld müsse in regelmäßiger Folge getilgt werden. Das Schulgebiet muß stets darauf gefaßt sein, dann könne es nicht vorkommen, daß man die Tilgung ein ganzes Jahr lang aussehe, wie es im Reich jetzt geschehen solle. Die Schulgebiete werden sich Sparsamkeit aufzuerlegen haben. Es komme vor allen Dingen auf eine verständige Finanzierung an. Er betrachte die ganzen Kolonien als ein Ganzes, deshalb habe er eine Solidarhaft vorgeschlagen. Wenn man die Anleihen in zu kleinen Beträgen ausbe, müsse man sich auf einen sehr niedrigen Kurs gefaßt machen.

Vom Abg. v. Treuenfels (konf.) ging eine Resolution ein, im Reichshaushalt eine Summe einzufordern für 1909 zur Errichtung eines Denkmals in Berlin für die in Südwestafrika gefallenen Offiziere und Mannschaften.

Abg. v. Treuenfels (konf.) begründete seine Resolution. Die braven Krieger hätten hervorragende Beweise einer selbstlosen Tapferkeit geliefert. Es sei eine Pflicht des deutschen Volkes, dieser Männer dankbar zu gedenken.

Staatssekretär Dernburg erklärte, die warmen Worte, die der Vorredner den Gefallenen in Südwestafrika widmete, würden gewiß in jedes Deutschen Brust ein Echo finden. Auch auf der Seite der Verwaltung sei dieses Gefühl bereits seit langem gehegt worden. Es sei ein Aufruf bereits unterwegs, der von ihm unterzeichnet sei und zu Beiträgen auffordere. Er zweifle an dem Erfolg nicht. Hierauf verlas Dernburg hier eingetroffene Telegramme über Verluste in Südwestafrika und Kamerun.

Abg. Erdbring zu Hohenlahe-Langenburg (Reichsp.) sprach die Zustimmung seiner Partei zu dem Antrag Treuenfels aus. Die Debatte habe gezeigt, daß zwischen Verwaltung und Reichstag größere Übereinstimmung herrsche, als früher. Früher habe bei uns eine gewisse koloniale Verbitttheit, zum Teil nicht unberechtigt, geherrscht. Man dürfe jetzt hoffen, daß die Kolonien allmählich sich so konsolidieren, daß sie ohne Reichszuschuß auskommen werden. Man könne allmählich an eine Dezentralisation denken. Vor allem sei eine gründliche Ausbildung der Kolonialbeamten in der Praxis nötig. Nur eine systematische Vorbildung und Ausbildung der Kolonialbeamten könne uns den wirklichen Besitz der Kolonien sichern. Der Schwarze werde zu einer höheren Kultur nur zu erwecken sein, wenn er durch die Europäer angeleitet werde. Was aus dem Regier werde, wenn er sich selbst überlassen bleibe, lehren die neuesten Vorgänge auf Haiti. Es sei nicht die Aufgabe des Staates, große Geschäfte mit den Kolonien zu machen, sondern die Arbeitskräfte der Eingeborenen für diese selbst und für die Gesamtheit nutzbar zu machen. Der europäische Ansehler dürfe, worauf die Regierung sehen müsse, seine Arbeiter nicht mißhandeln. Die forperliche Züchtigung müsse möglichst eingeschränkt werden und es müsse eine amtliche Aufsicht ausgeübt werden.

Vizepräsident Kämpf glaubte, zu der Mitteilung des Staatssekretärs den Gefühlen des Hauses Ausdruck zu geben, indem er hat, sich zu Ehren der gefallenen Offiziere und Soldaten, sowie der in früheren Kämpfen Gefallenen von den Plänen zu erheben. (Allseitige Zustimmung.) (Die Mitglieder des Hauses und des Bundesrats hatten sich schon bei den ersten Worten des Redners erhoben.)

Abg. Eichhorn (Soz.) kam auf den Zwischenfall mit den Pressevertretern zurück und sagte, man solle nicht gleich nervös werden, wenn die Herren auf der Journalistentribüne sich auch einmal etwas erlaubten. Was den Kolonialetat betreffe, so wisse er wirklich nicht, worin sich das neue System so sehr von dem alten unterscheide. Neu und unerlebenswert sei die Offenheit, mit der der neue Staatssekretär die Zustände, namentlich in Ostafrika, schilderte. Es sei unrichtig, wenn Treuenfels behauptet habe, die Sozialdemokraten hätten die Soldaten beschimpft. Die Sozialdemokraten sehen in dem neuen System des Staatssekretärs nur die organisierte Ausbeutung der Regier. Ohne eine gewisse Aussicht stelle kein Unternehmer sein Kapital in die Kolonien. Deshalb lege der Staatssekretär das Hauptgewicht auf den Handel und den Bau von Eisenbahnen. Die 150 Millionen würden nur der Anfang sein. Kamerun soll vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehen und es sei jahrelang Kaubau getrieben worden. Der Zusammenbruch sei auch durch eine oder einige Eisenbahnen nicht aufzuhalten. In Südwestafrika sei nur wenig Bevölkerung vorhanden, die krank und ohne Vieh sei. Die Balanzierung der Einnahmen und Ausgaben in Togo verdanke man nur dem Schnapszoll.

Abg. Kaasche (natl.) dankte Treuenfels für die Anregung zu dem Denkmal. Die Forderung, die Regier human und gerecht zu behandeln, sei nicht neu. Dem Regier vernünftige Bedürfnisse beizubringen, ihn zu veranlassen, in seinem eigenen Interesse Kulturarbeit zu leisten, sei der Grundsatz, den er vertreten habe, seit er zum erstenmal als Professor Vorlesungen über Kolonialpolitik gehalten habe. Er habe die Kolonien auch praktisch studiert und habe überall beobachtet, daß nur die Kolonien vorwärts kommen, bei denen die Schwarzen und Weißen Hand in Hand gehen. Der Regier arbeite nur für sein Interesse und für das, was er brauche. Kulturelle Arbeit hätten schon die Missionen geleistet. Jetzt handle es sich darum, wirtschaftliche Produkte zu schaffen und in unserer Industrie Abnehmer zu finden, sowie die Hilfsmittel unserer Produktion in den eigenen Ländern zu produzieren. Daß keine Märkte organisiert wurden, sei unzutreffend. Er habe viele Plantagen gesehen, wo dies der Fall war. Ernähre man den Regier gut, so habe man auch Arbeiter.

Präsident Graf Stolberg erklärte, er habe in den letzten Tagen von der Journalistentribüne ausgehende mißliebige Äußerungen bereits gerügt. Im Wiederholungsfall würde er genötigt sein, diejenige Tribüne, von der die Störungen ausgehen, räumen zu lassen. Wenn ein Mitglied des Hauses gegenüber solchen Störungen einen unparlamentarischen Ausdruck gebraucht habe, so bedauere er das. Staatssekretär Dernburg erklärte, es könnte den Anschein haben, als ob in der Eingeborenenfrage sich verschiedene An-

schaunungen schroff gegenüber ständen. Wenn er sich gestern gegen die vom Abg. Liebert vertretene Theorie gewandt habe, so habe er es getan, weil er sich zum Anwalt der Leute gemacht habe, die in der „Ufambara-Post“ ihre Sache vertraten. Kein Mitglied des Hauses habe die übertriebenen Forderungen von Ufambara unterstützt. Redner wies dann entschieden zurück, daß er sich feindlich gegen die Plantagen gewandt habe und daß er nur für die Regier eingetreten sei. Die Einrichtung der Eingeborenenkommissare und andere Einrichtungen sollen dafür sorgen, daß die Farmer und Pflanzler willige Arbeiter und mehr als bisher bekommen. Für gewisse Produkte könne man die Plantagenkultur überhaupt nicht entbehren. Dies gelte namentlich von der Qualitätsbaumwolle. Er wolle keine Ausbeutungspolitik, wie sie Eichhorn ihm imputiert habe.

Damit schloß die Debatte. Der Titel Gehalt des Staatssekretärs wurde bewilligt. Der Ergänzungsetat wurde auf Antrag Nichthofen an die Budgetkommission verwiesen. Die Resolution Hompeich, betreffend Maßregeln gegen den Alkoholschmuggel in den Kolonien, ebenso die Resolution Hlab, betreffend die Rechtspflege in den Kolonien, sowie die letztgenannte Resolution Treuenfels wurden angenommen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr vertagt. Schluß nach 7 1/2 Uhr.

Über den erwähnten Zwischenfall, der zu einem Konflikt mit der Journalistentribüne führte, wird berichtet: Als der Abg. Erzberger von den unsterblichen Seelen der Regier sprach, wurde auf der Tribüne, wahrscheinlich wegen der Form, in der der Abgeordnete sich ausdrückte, gelacht. Es soll dabei auch von der Journalistentribüne gelacht worden sein. Der Präsident Graf Stolberg erklärte, wie üblich, er bitte, alle Zeichen des Mißfallens und Beifalls zu unterlassen, sonst müsse er zu seinem Bedauern die Tribüne räumen lassen. Bald darauf wurde auf der Journalistentribüne bekannt, daß der Abg. Erdbring bei diesem Zwischenfall gerufen haben solle: „Das sind dieselben Säubengel, wie neulich abends.“ Die Abg. Müller-Reinigen und Eichhorn nahmen auf den Zwischenfall Bezug; die Journalisten seien allmählich auch nervös, und man solle es nicht zu schwer nehmen, wenn dabei vielleicht ein einzelner einen an sich lastlosen Zwischenruf mache. Inzwischen war eine Abordnung von Journalisten zum Präsidenten gegangen und hatte um Schutz und Genugtuung für die beleidigende Äußerung des Herrn Erdbring erlucht. Infolgedessen erklärte der Präsident später, es seien in den letzten Tagen wiederholt von der Journalistentribüne Zeichen des Mißfallens ausgegangen, und wenn sie sich wiederholten, müßte er die Tribüne räumen lassen; wenn aber andererseits ein Mitglied des Hauses gegenüber einer solchen Störung einen unparlamentarischen Ausdruck gebraucht haben sollte, so bedauere er das. Weil sie diese Erklärung für keine ausreichende Genugtuung hielten, verließen sämtliche Mitglieder der Journalistentribüne (während der ersten Rede Dernburgs) bis auf zwei den Sitzungssaal. Nachdem die Journalisten die Reichstagstribüne verlassen hatten, versammelten sie sich im Lesesaal und beschloßen, eine fünfgliedrige Kommission an den Präsidenten zu entsenden mit der schriftlichen Erklärung, daß die in Sachen der Neugierung Gräbers abgegebene Erklärung des Präsidenten den Journalisten keine Genugtuung gewähre. Die Journalisten beschloßen ferner, vor Abgabe einer genügenden Erklärung die Tribüne nicht wieder zu betreten. Zur Festsetzung des weiteren Verhaltens findet heute (Freitag) um halb 1 Uhr eine abermalige Versammlung statt.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 20. März.

Bei der fortgesetzten Beratung des Kolonialetats führte zum Kapitel für Erledigung von Rechnungsarbeiten anlässlich des Eingeborenenaufstandes in Südwestafrika Staatssekretär Dernburg aus, daß auch der Rechnungshof eine gezielte Regelung für nötig halte. Bei der Spezialberatung des Etats für die Schutzgebiete auf das Jahr 1908, und zwar zunächst für Ostafrika, sagte der Staatssekretär auf die Anregung eines Redners zu, daß das System der deutschen Maß- und Gewichtordnung möglichst eingeführt werden solle.

Berlin, 20. März. Die Budgetkommission des Reichstags beriet heute die Grundzüge der Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei Kommunalverbänden mit Militäranwärtern und Angehörigen von Anstellungsscheinen. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach eine zweideutige Bestimmung über die in Frage kommenden Stellen im Kommunaldienst, die Einberufung nach der Reihenfolge der Eintragung und die Anstellung ohne Rücksicht auf die politische oder religiöse Gesinnung des Bewerber gefordert wird.

Der Deutsche Handelstag.

(Telegramm.)

Berlin, 20. März. Im Langenbeschen Hause wurde heute vormittag die 34. Vollversammlung des Deutschen Handelstages unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern des Handels und der Industrie eröffnet. Kurz vor Beginn der Versammlung erschienen die Staatssekretäre von Bethmann-Hollweg und Kräfte, sowie Minister Dr. Delbrück und andere Regierungsvertreter, ferner die Vertreter der Bundesstaaten und freien Hansestädte. Präsident Kämpf eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser, die deutschen Bundesfürsten und die freien Hansestädte. Darauf wurde der Präsident als erster Vorsitzender, Robinson-Hamburg als zweiter Vorsitzender u. Geh. Kommerzienrat Vogel-Chemnitz als dritter Vorsitzender wieder gewählt. Staatssekretär von Bethmann-Hollweg begrüßte die Versammlung im Namen des Reichsanzlers, der zu seinem lebhaften Bedauern verhindert sei, der heutigen Versammlung beizuwohnen. In seiner Rede sagte er dann, er könne den Herren die Versicherung geben, daß auch er den Beschlüssen des Handelstages das Gewicht beilege, das dem Zentralorgan von Deutschlands Handel und Industrie zukomme. Die Zeit angepanntester Tätigkeit sei im Abnehmen begriffen und die Industrie gehe einer ruhigeren Zeit entgegen. Der rastlosen Energie unserer Exporttreibe verdanken wir den glänzenden Aufschwung der handelsbetreibenden Bevölkerung. Unsere Hauptaufgabe sei die Vermehrung der Kaufkraft der heimischen Bevölkerung. Sie könne nicht allein dem Staate überlassen werden. Auch die Produzenten selbst müßten daran mitarbeiten. Alle Interessensvertretungen müßten sich die Bedeutung der Kaufkraft der erwerbsfähigen Bevölkerung in unseren Zeitläuften vor Augen hal-

ten. Gerade beim Handelstag hoffe er ein besonderes Verständnis für diese Anschauung zu finden und er sei sicher, daß auch die diesjährigen Verhandlungen von diesem Geiste getragen werden. Dann nahm der Handelstag eine Resolution an, in der er sich entschieden gegen die geplante Neuerung hinsichtlich der Fernspreckgebühren und für Erhaltung der Kaufsalgebühren ausspricht. Darauf folgte das Referat über das Vörsengesetz durch den Vizepräsidenten der Berliner Handelskammer, von Mendelssohn. Der Entwurf sei ein ernsthafter Versuch zur Beseitigung der schlimmsten Mißstände, der als Grundlage für eine Reform bezeichnet werden könne. Dagegen sei die Vörsengesetzkommission des Reichstags zu beschließen gekommen, die die bestehenden Verhältnisse noch wesentlich verschlechtern würden. Eine diesbezügliche Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Vorgänge in Rußland.

(Telegramm.)

St. Petersburg, 20. März. Einer Blättermeldung aus Jekaterinoslaw zufolge wurde der Führer der Arbeitergruppe der zweiten Reichsduma, Karawajew, von zwei unbekannten Männern durch Revolvergeschüsse schwer verwundet und starb in der Nacht an den erlittenen Verletzungen. Der Verwundete hatte in der letzten Zeit zahlreiche Drohbriefe erhalten, deren Abfender sich als Mitglieder des Verbundes der russischen Leute bezeichneten. — Der Zustand des gestern im Duell verwundeten Generals Smyrnov ist befriedigend. — Durch die Bestätigung des gegen ihn gefällten Urteils verliert General Stössel alle Orden; er behält nur die Kriegsmedaillen, jedoch keinerlei Kriegssorden. — Die technische Kommission des Kriegsministeriums beschloß, für die Neuausrüstung der russischen Infanterie das Modell der amerikanischen Infanterieausrüstung vorzuschlagen.

Vom Balkan.

(Telegramme.)

Konstantinopel, 19. März. Die Vörsen und Gesandten der Mächte überreichten der Pforte eine längere Kollektivnote, in der unter Berufung auf die im Vorjahr unternommenen gleichartigen Schritte entschieden dagegen Verwahrung eingelegt wird, daß die Fremden an der Erwerbung von Grundbesitz in der Türkei verhindert werden und in der unter Anführung der betreffenden gesetzlichen Rechte die Abstellung der Mißstände verlangt wird.

Konstantinopel, 20. März. Gestern ist von dem Marineoberst Sami-Bey der Intendant des russischen Hospitals mit seiner Frau verhaftet worden, ohne daß das Konsulat zur Mitwirkung aufgefordert worden wäre. Die Verhafteten wurden erst auf den energigsten Protest der russischen Botschaft hin freigelassen.

Konstantinopel, 20. März. In der letzten Zeit erfolgen hier fortwährend Verhaftungen von Arzaniern, angeblich, weil die Polizei einem Komplott auf die Spur gekommen ist.

Athen, 20. März. Der erste Zug der Linie Piräus-Larissa fuhr mit seiner Majestät dem König und den Prinzen vorerstern bis Larissa. Die Bahnarbeiten werden mit Eifer bis zur türkischen Grenze weitergeführt. Der König und die Prinzen begaben sich abends nach Athen zurück.

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 20. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag den Vortrag des Ministerialpräsidenten Geheimrats Donnell und anschließend die Meldung des Generalmajors von Strubberg, Inspektors der Infanterieschulen, entgegen. Gegen Abend hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Geheimrats Dr. Nicolai.

Durch Allerhöchste Kabinettsordre Seiner Majestät des Kaisers vom 19. d. M. wurde General der Artillerie und Generaladjutant Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs von Müller in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit der gesetzlichen Pension und der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform zur Disposition gestellt und Generalmajor und Flügeladjutant Dürr zum Generaladjutanten Seiner königlichen Hoheit ernannt.

** Die Einnahmen der badischen Staatseisenbahnen betragen im Monat Februar:

	aus dem Personenverkehr	aus dem Güterverkehr	aus sonstigen Quellen	Summe	Januar bis mit Februar
	M.	M.	M.	M.	M.
nach geschätzter Feststellung 1908 auf 1 km Betriebslänge . . .	1 384 220	4 670 730	788 200	6 843 150	13 242 560
nach geschätzter Feststellung 1907 auf 1 km Betriebslänge . . .	834	2 675	—	3 509	7 661
nach geschätzter Feststellung 1907 auf 1 km Betriebslänge . . .	1 491 430	3 927 460	732 030	6 150 920	12 636 470
nach geschätzter Feststellung 1907 auf 1 km Betriebslänge . . .	910	2 274	—	3 605	7 408
nach geschätzter Feststellung 1907	1 437 444	4 107 201	788 195	6 332 840	13 247 490
Im Jahre 1908 gegen geschätzte Einnahme des Jahres 1907	—	743 270	56 170	699 440	606 090
weniger auf 1 km Betriebslänge . . .	107 210	—	—	—	—
gegen die endgültige Einnahme des Jahres 1907	—	76	401	—	352
weniger	—	563 529	—	5 510 310	295 070

Erläuterungen. Das Jahr 1908 ist ein Schaltjahr, der Monat Februar hatte also 29 Tage. Dies würde sich gegen-

über dem Februar 1907 eine Mehreinnahme von etwa 3 1/2 % begründen.

Die Witterung war im Februar 1908 dem Reiseverkehr sehr ungünstig, stürmisch und regnerisch, abwechselnd mit Schneefall. Der Reiseverkehr war deshalb ziemlich schwach; nur an Sonntagen brachte der Wintersport etwas mehr Leben. Außer einigen Bedarfszügen für den Wintersport auf der Oberrheinbahn und außer zehn Sonderzügen für die Beförderung italienischer Arbeiter von Konstanz bis Mannheim verkehrten keine Vor- und Nachzüge oder Sonderzüge. Der Ackerverkehr war in Nordbaden gut, im übrigen schwach, wozu auch die Hemmung der Einfuhr aus der Schweiz wegen Seuchengefahr beitrug. Die geschätzte Einnahme aus dem Personenverkehr war im Februar 1908 um 107 210 M. und in den Monaten Januar und Februar 1908 um 275 845 M. geringer als in den entsprechenden Zeiträumen des Jahres 1907.

Der Güterverkehr war im Februar 1908 lebhafter als im Vorjahr. Die Rheinschiffahrt bis Mannheim war während des ganzen Monats offen, doch setzte der Verkehr erst in der zweiten Hälfte des Monats stärker ein. In dieser Zeit wurden auch die Fahrten nach dem Oberrhein wieder aufgenommen. Der Kohlenverkehr von Mannheim und unmittelbar von den Saar- und Ruhrzügen war sehr stark, namentlich nach der Schweiz, ebenso der Wagenladungsverkehr zwischen Mannheim und Württemberg. Während des ganzen Monats, namentlich aber in der zweiten Hälfte verkehrten zahlreiche Ergänzungs- und Sonderzüge auf der Haupt- und Schwarzwaldbahn und über Jagstfeld. Die bestellten Güterwagen konnten fast immer vollständig und rechtzeitig gestellt werden. Die geschätzte Einnahme aus dem Güterverkehr war im Februar um 743 270 M. und in den Monaten Januar und Februar 1908 um 718 270 M. höher als in den entsprechenden Zeiträumen des Jahres 1907.

Den 7. Geburtstag feierte gestern der Geheimrat Dr. Ing. Reinhard Baumeister, ord. Professor der Ingenieurwissenschaft an der Technischen Hochschule.

P. (Mittelungen der Handelskammer.) Die Vollversammlung der Handelskammer vom 16. März beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Stellungnahme zu den Gegenständen der Tagesordnung der auf den 20. und 21. März nach Berlin einberufenen Vollversammlung des Deutschen Handelstags. Die Kammer sprach sich hierbei aus: 1. für die Festhaltung an dem bewährten Gebührentarif im Fernsprechwesen, namentlich an den Kaufgebühren; 2. für eine baldige Reform des Wertengesetzes und gegen die Beschlüsse, die von der Kommission des Reichstags in der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes gefasst worden sind; 3. für weitere Schritte zur Förderung des Schieds- und Uebereinsungsverkehrs; 4. gegen die Errichtung von Detailistenkammern und von Handelsinspektionen; 5. für die Festlegung des Osterfestes auf den dritten Sonntag nach dem 21. März oder den ersten Sonntag nach dem 4. April; 6. gegen den dem Reichstage vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über die Sicherung der Kaufordnungen und für die Ergreifung folgender, vom Ausschusse des Deutschen Handelstags vorgeschlagener Maßregeln: a. Verpflichtung des Bauunternehmers zur Durchführung; Bestrafung der Verletzung dieser Pflicht gemäß §§ 239 und 240 der Konkursordnung; b. Verbot der Verwendung von Baugeld zu anderen Zwecken als zur Tilgung einer Kauforderung; c. Bestrafung, wenn diesem Verbot zuwidergehandelt und dadurch ein Baugläubiger geschädigt wird. Weiter erklärte sich die Versammlung mit allen Stimmen gegen eine gegen den im Reichsanzeiger vom 4. Februar I. 3. veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern. Nach dem Entwurfe sollen die Arbeitskammern zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dienen. Dieses Ziel wird nach der Ueberzeugung der Handelskammer auf dem von dem Entwurfe vorgezeichneten Wege nicht erreicht werden.

A. (Aus dem Polizeibericht.) Gestern nachmittag nach 5 Uhr gingen beim Postgebäude zwei an einem dem Leibdragoonenregiment gehörigen Wagen gespannten Pferde durch, während der Reiter des Führers Postkutsche ausladen wollte. Die Pferde nahmen ihren Weg über den Ludwigsplatz durch die Waldstraße nach dem Schloßplatz, wobei sie vor dem Hoftheater durch zwei Unteroffiziere (Trompeter) des Leibdragoonen- und Artillerieregiments Nr. 14 angehalten werden konnten. Ein Unglück ist nicht entstanden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Köln, 20. März. Heute vormittag besichtigte Seine Majestät der Kaiser die Leibkompanie, die 2., 7. und 11. Kompanie des 1. Gardebataillons zu Fuß. Hierbei wurden im Kasernenhof die 4 vom Kaiser von Russland geschenkten, fahrbaren Feldküchenwagen vorgeführt, wobei der Kaiser das zubereitete Essen kostete. Es folgte ein Frühstück beim Offizierkorps des 1. Gardebataillons zu Fuß.

Berlin, 20. März. Der Kronprinz und die Kronprinzessin begeben sich heute abend nach Frankfurt. Die Rückkehr erfolgt am 23. März vormittags.

Berlin, 19. März. Der Februar brachte den preussisch-hessischen Staatsbahnen im Vergleich zum Vorjahre eine Mehreinnahme von 23 Millionen Mark im Personenverkehr, von 7,5 Millionen Mark im Güterverkehr, von 0,4 Millionen aus sonstigen Quellen, im ganzen also von 10,9 Millionen Mark. Für den März wird der Personenverkehr infolgedessen einen Ausfall bringen, als in diesem Jahre das Osterfest nicht wie im Vorjahre in den März, sondern spät in den April fällt.

Dresden, 19. März. In der Sitzung der Zweiten Kammer wies Staatsminister Graf v. Hohenhausen die von verschiedenen Rednern gegen das Ministerium erhobenen Angriffe zurück. Er nahm insbesondere die Wahlrechtsdeputation in Schutz und erklärte, ihre Beratungen seien durchaus nicht auf einem toten Punkte angelangt. Er hoffe, daß noch ein ergebnisreiches Ergebnis erzielt würde. Bezüglich der Sonntagsruhe, erklärte der Minister, seien Verhandlungen der Regierung im Gange, die eine Verschärfung der gegenwärtigen Sonntagsruhe im Auge hätten. Er persönlich sei ein entschiedener Gegner des englisch-amerikanischen Sonntags.

Emden, 20. März. Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl erhielten von 23 422 Stimmen: Landwirt Hegter (fr. Bgg.) 8816, Rechtsanwalt Grönewald (Deutsche Reformp.) 6579, Oberbürgermeister Fürbringer (natl.) 4905, Hug (Soz.) 3115 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen Hegter und Grönewald statt. (Das Mandat ist durch den Tod des konservativen Fürsten zu Inn- und Ruyphausen erledigt worden. Bei der Hauptwahl 1907 kam der Fürst mit 11 487 Stimmen in Stichwahl mit Garrels (fr. Bgg.), auf den 8151 Stimmen entfielen. Der Sozial-

demokrat Wagner erhielt 3711 Stimmen. In der Stichwahl siegte Fürst Kniphhausen mit 12 344 Stimmen. Garrels erhielt 12 151 Stimmen. Die Konservativen hatten diesmal keinen eigenen Kandidaten aufgestellt.)

München, 20. März. Anlässlich des goldenen Priesterjubiläums des Papstes fand gestern vormittag im Dom Festgottesdienst statt, welchem Se. Kgl. Hoheit der Prinzregent mit den königlichen Prinzen beiwohnte. Am Nachmittag gab der Runtius Frühwirth ein Festmahl, bei welchem Ministerpräsident v. Podewils den Trinkspruch auf den Papst ausbrachte, welchen der Runtius mit einem Toast auf den Prinzregenten erwiderte.

Bern, 20. März. Der Bundesrat hat von einer autonomen Erhebung des Zolls auf deutsches Mehl Abstand genommen in der Besorgnis, daß daraus ein Zollkrieg mit Deutschland entstehen könnte. Er sucht eine Lösung auf diplomatischem Wege zu erreichen. Die schweizerischen Mühlenbesitzer befürchten aber, daß inzwischen große Mengen deutschen Mehls nach der Schweiz eingeführt werden.

Budapest, 20. März. Der Vauus von Kroatien, Baron Rauch, wurde gestern in Agram auf offener Straße von einer großen Menschenmenge, größtenteils Studenten, attackiert. Ein großes Polizeiaufgebot konnte nur mit blanker Waffe den Vauus und dessen Begleiter vor größeren Insulten bewahren.

Agram, 20. März. Gestern abend fand eine große Kundgebung gegen den Vauus Baron Rauch statt. Sectionschef Brufowitsch und der Obergespan Buchetitsch haben sich gezwungen, vor der drohenden, jumeist aus halbwillkürigen Vorfällen bestehenden Menge in eine Apotheke zu flüchten. Schließlich trieb die mit Steinen empfangene Polizei die Demonstranten auseinander, wobei ein Beamter verletzt wurde.

Paris, 19. März. Die Deputiertenkammer verhandelte über die Vorlage, einen Kredit von 35 000 Franken für die Ueberführung der Asche Zolas nach dem Pantheon zu bewilligen. Barres (Nationalist) meinte, Zolas literarisches Werk sei unflätig und verleumde die französischen Sitten. Hier wurde der Redner von der Linken ungestört unterbrochen. Der Berichterstatter Dupat erklärte, der Brief „l'accuse“ werde genügen, die Ueberführung zu rechtfertigen. Im übrigen seien die Werke Zolas durchaus moralisch, denn er habe die Gefahren des Kaisers gezeigt. Zaurès lobte lebhaft das Leben und den Mut Zolas. Nachdem noch Unterrichtsminister Doumergue Zola gepriesen hatte, der um der Gerechtigkeit und der Wahrheit willen der allgemeinen Erbitterung Trost geboten habe, wurde unter dem Beifall der Linken die Vorlage mit 358 gegen 164 Stimmen angenommen.

Paris, 20. März. Bei einem Bankett der Textilindustriellen hielt der Präsident des Syndikats des Baugewerbes, Soule, eine Rede, in der er den anwesenden Handelsminister Cruppi um Schutz gegen den allgemeinen Arbeiterverband ersuchte, durch dessen ziellose Streikbetriebe die Bautätigkeit seit Jahresfrist fast ununterbrochen gestört worden sei. Wenn die Unternehmer von den Arbeitern, welche bedauerlicherweise blindlings den Weisungen des revolutionären Arbeiterverbandes gehorchen, nicht entsprechende Zugeständnisse erhalten sollten, so würden sie zu Beginn des nächsten Monats sämtliche Arbeiter aussperren. Der Handelsminister antwortete, er halte es in der Tat für notwendig, einem so maßlosen, demagogischen Treiben entgegenzutreten. Dem „Echo de Paris“ zufolge würden, falls die Unternehmer ihre Drohung verwirklichen sollten, in Paris und Umgebung über 200 000 Arbeiter beschäftigungslos werden.

Paris, 20. März. Ministerpräsident Clémenceau hat seinen früheren Stellvertreter Kabinettsdirektor Mandel, welcher mit dem Deputierten und ehemaligen Kriegsminister Vertaux in den Verhandlungen der Kammer eine handgreifliche Auseinandersetzung hatte, wieder in sein Amt eingesetzt.

Paris, 19. März. General d'Amade telegraphiert aus Casablanca unter dem 18. d. M., daß die Goumiers nach Algerien zurückkehren. Admiral Philibert meldet, daß der Kreuzer „Cassard“ nach Kap Zubi abgegangen ist, um der Mannschaft des gestrandeten Fischerbootes „Valaine“ Hilfe zu leisten.

Arcachon (Dep. Gironde), 19. März. Die Gesellschaft Recherches du Golfe de Gascogne erhielt ein Telegramm von Las Palmas vom 17. d. M., demzufolge die Mannschaft des am Kap Zubi gestrandeten Fischerbootes „Valaine“ wohlbehalten ist.

Rom, 19. März. Die Kommission der Kammer beschloß, dem Plenum der Kammer vorzuschlagen, das Mandat Rafis infolge der Verurteilung Rafis für verfallen zu erklären.

London, 20. März. Der 1. Lord der Admiralität Tweedmouth hat infolge der vorgestern im Oberhause gepflogenen Debatte über die Marineangelegenheit an Lord Cambor ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, daß seine vorgestrigen Ausführungen im Sinne einer Ausdehnung, nicht einer Beschränkung des Zweimächte-Standards gesprochen seien.

London, 20. März. Carl Dudley wurde zum Gouverneur der Commonwealth of Australia ernannt.

Christiania, 20. März. Im gestrigen Staatsrat wurden die Portefeuilles des neuen Ministeriums verteilt: Gunnar Knudsen übernimmt das Präsidium und die Finanzen, Christophersen das Äußere, Seip das Kultusministerium und den Unterricht, Jhlen die öffentlichen Arbeiten, Abrahamson den Handel, die Schifffahrt und die Industrie, Castberg die Justiz und Polizei, Fossum den Ackerbau, Feste das Kriegsministerium.

Konstantinopel, 20. März. Der hiesige englische Votchschafter, D'Conor, ist gestorben. (Sir M. D'Conor hatte seit 10 Jahren den Votchschafterposten inne, er stand im 65. Lebensjahr.)

Sofia, 20. März. Fürst und Fürstin von Bulgarien sind hier eingetroffen und haben an der Familientafel im königlichen Palais teilgenommen.

Port au Prince, 19. März. Hier sind weiterhin der britische Panzerkreuzer „Cressy“ und die Kreuzer „Des Moines“ und „Podocah“ der Vereinigten Staaten eingetroffen.

Blomfontein, 19. März. Der Premierminister kündigte die in kurzem bevorstehende Veröffentlichung eines Gesetzes an, das jedem Bürger das Recht gibt, ein Gewehr zu besitzen und sprach die Hoffnung aus, daß eines Tages für jeden Mann der Besitz eines Gewehres obligatorisch sein werde.

Verschiedenes.

Berlin, 20. März. Das Amtsblatt des Reichs- und Postamts enthält eine Verfügung, nach der zur Einschränkung des Barverkehrs versuchsweise die Zahlung

von Ruhegehältern und Hinterbliebenenbezügen im Girowege gestattet werden soll.

Essen, 20. März. In Dahlhausen wurde eine Falschmünzwerkstätte entdeckt, welche falsche Fünfmarkstücke anfertigte.

Göln, 20. März. Gestern wurde die Leiche des verstorbenen Hofrats Dr. Johannes Fastenrath zur letzten Ruhe bestattet. Im Auftrage des Königs von Spanien widmete der spanische Konsul dem Toten herzliche Dankesworte für seine Verdienste um die spanische Literatur.

Göln, 20. März. Der Fremdenführer Heinrich Ringels wurde heute wegen Beleidigung des Kriminalkommissars König und des Polizeipräsidenten zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Als der Kommissar das Gerichtsgebäude verlassen wollte, feuerte Ringels aus einem Revolver vier Schüsse auf den Beamten ab, von denen, da der Kommissar gleich die Geistesgegenwart hatte, Ringels festzuhalten, nur einer den Beamten am linken Arm traf. Der Täter wurde sofort verhaftet.

Stuttgart, 20. März. Geheimrat Eduard Zeller ist gestern nachmittags nach kurzem Krankenlager, 94 Jahre alt, gestorben. (Eduard Zeller war geboren am 22. Januar 1814 im württembergischen Dorfe Kleinbottwar. Zur Theologie bestimmt, erhielt er erst seine Ausbildung in dem württembergischen Seminar Maulbronn, dann an den Universitäten Tübingen und Berlin. 1840 habilitierte er sich in Tübingen. 1847 ging er nach Bern, 1849 nach Karburg. Doch wurde er hier auf Veranlassung seiner Gegner gleich beim Eintritt in die philosophische Fakultät verstoßen. 1852 folgte er einem Rufe als Professor der Philosophie nach Heidelberg, 1872 nach Berlin. 1894 trat er als Wirkl. Geh. Rat mit dem Titel Erzellenz von der Lehrtätigkeit zurück und lebte seither in Stuttgart. Im Jahre 1906 ernannte ihn diese Stadt zum Ehrenbürger. Von seinen Schriften sind zu nennen: „Geschichte der christlichen Kirche“, „Die Apostelgeschichte nach ihrem Inhalt und Ursprung“, „Geschichte der deutschen Philosophie seit Leibniz“, „Staat und Kirche“, „Friedrich der Große als Philosoph“, „Platonische Studien“ u. a.)

Wien, 20. März. Gestern vormittag gab im Hausflur der „Arbeiterzeitung“ ein Mann gegen den Abg. Fernerstorffer zwei Schüsse ab, ohne den Abgeordneten zu treffen. Der Attentäter, ein an Verfolgungswahn leidender Selbstmörder namens Pollat, verwundete sich dann selbst durch einen Schuß.

Paris, 20. März. Der Vortrag, den der Fürst von Monaco am 28. d. M. in Rom halten wollte, wurde verschoben, da die Aerzte erklärten, daß der Gesundheitszustand des Fürsten die Besuchen einer so langen Reise nicht gestatten.

Paris, 20. März. Den Blättern wird aus Neuchâtel im Departement Vosges gemeldet, daß das Bankhaus Jules Didier seine Zahlungen eingestellt habe. Die Passiva belaufen sich auf 2 1/2 Millionen Franken. Die Geschädigten sind zumeist kleine Geschäftsleute und Beamte.

Tula, 20. März. Graf Leo Tolstoi erkrankte vor mehreren Tagen an Influenza in gastrischer Form; er erlitt im Verlaufe der Krankheit einen Ohnmachtsanfall. Gegenwärtig hat sich der Zustand Tolstois soweit gebessert, daß jede Gefahr beseitigt ist.

Newport, 20. März. Verheerende Ueberschwemmungen infolge von Unwetter, das von Vorküsten begleitet ist, werden aus Pittsburg, sowie aus Wheeling (Westvirginia) gemeldet. Die Flüsse steigen rasch weiter.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Samstag, 21. März. Abt. A. 47. Ab.-Vorst. „Lobengang“, Bühnenspiel in drei Akten von Ludwig Thuille. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Sonntag, 22. März. Abt. B. 47. Ab.-Vorst. „Lafmé“, Oper in drei Akten, Musik von Delibes. Titelpartie: Henny Linenbach als Gast. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Montag, den 23. März. 49. Ab.-Vorst. Abt. A. Die lustigen Weiber von Windsor, komisch-phantastische Oper mit Tänzen von Nicolai. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 20. März 1908.

Der Luftdruck nimmt heute von einem Maximum, welches das Innere Rußlands bedeckt, bis zu einem Depressionsgebiet über der westlichen Hälfte Mitteleuropas ab, das ein Minimum über Südfrankreich erkennen läßt. Ein weiteres Minimum liegt südlich von Island. In Deutschland ist das Wetter bei östlichen Winden meist trüb und kühl; im Norden sind stellenweise Niederschläge gefallen. Bei wechselnder Bewölkung ist kühlere Wetter ohne erhebliche Niederschläge zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 20. März, früh:

Lugano Schneefall 0 Grad, Biarritz wolkenlos 5 Grad, Nizza bedeckt 8 Grad, Triest bedeckt 9 Grad, Florenz bedeckt 9 Grad, Rom bedeckt 10 Grad, Cagliari bedeckt 12 Grad, Brindisi wolkenlos 9 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Niedersch. in mm	Wind in Grad	Wind	Wetter
19. März	9 ^U 745.6	2.8	4.7	84	SE	bedeckt
20. März	7 ^U 745.6	0.8	4.3	89	SE	"
20. März	9 ^U 745.2	8.8	5.1	60	"	"

Höchste Temperatur am 19. März: 7.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -0.5.

Niederschlagsmenge des 19. März: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 20. März, früh: Schaffhausen 1.37 m, gefallen 6 cm; Rehl 1.99 m, gefallen 4 cm; Ragnan 3.59 m, gefallen 6; Mannheim 3.08 m, gefallen 11 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Postbuchdruckerei in Karlsruhe.

Pädagogium Karlsruhe

Privat-Realschule (Sexta—Obersekunda) im Gebäude des früheren Viktoriapensionates mit Internat und Externat.

Individuelle Vorbereitung zu Einj.-Freiw. u. Führersch.-Prüfungen. Langjährige Erfahrung. Erstklassige Referenzen. Eintritt jederzeit. Prospekt auf Wunsch.

Die Direktion: Schmidt u. Wiehl.

Bürgerliche Rechtsstreite.

Öffentliche Zustellung.

Q. 96.2 Nr. 2422. Karlsruhe.
1. Das Dienstmädchen Anna Vogt von Doffenheim, 2. der minderjährige Walter August Vogt, geb. am 21. September 1907 in Heidelberg, vertreten durch seine Mutter und gesetzliche Vormünderin, die Klägerin ad. 1. Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Lorenz in Karlsruhe, klagen gegen den Handelslehrer August Sengpiel von Giefrier, Kreis Schölkau, früher zu Karlsruhe, Kaiserstraße 44, jetzt ohne bekannten Aufenthaltsort, auf Erfüllung der in den §§ 1708 ff., 1715 B.G.B. begründeten Verpflichtungen, bgl. hierzu § 1717 a. a. O., mit dem Antrage, vorläufig vollstreckbares Urteil dahin zu erlassen, der Beklagte sei unter Kostenfolge schuldig, an die Klägerin zu 1. Unterhaltskosten für die Zeit vom 15. Juli bis 15. November 1907, auf 80 M., sowie dem Kläger zu Ziffer 2 von seiner Geburt an bis zur Vollendung seines 16. Lebensjahres als Unterhalt eine im Voraus am Ersten jedes Kalendervierteljahres fällige Geldrente von vierteljährlich 60 M., und zwar die rückständigen Beträge sofort, ferner 5 M. Anwaltskosten, zu bezahlen.
Die Klägerin laden den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Karlsruhe, Akademiestraße 2 A, 3. Stock, Zimmer Nr. 17, auf: **Montag den 25. Mai 1908, vormittags 9 Uhr.**
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 18. März 1908.
Buch,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 9.

Öffentliche Zustellung einer Klage.

Q. 118.2.1. Nr. 6111. Karlsruhe.
Der Pförzheimerverein A. G. zu Pförzheim, Prozeßbevollmächtigter Rechtsanwalt Dr. F. Reiter und Dr. S. Meier in Pförzheim, klagt gegen den Steinbruchbesitzer Wilhelm Kieger, früher zu Maulbronn, zurzeit an unbekanntem Orte abwesend, unter der Behauptung, daß für den Kläger auf dem Grundstück des Gesamtguts der zwischen dem Beklagten und seiner Ehefrau Pauline geb. Straßer bestehenden Erbschaftsgemeinschaft Lgb. Nr. 3124 im Grundbuch Pförzheim Bd. 43 S. 13, III, Abt. Nr. 3 eine Sicherungshypothek für 27859 M., 82 Pf. und 4 Proz. Zinsen eingetragen sei, und der Kläger von den persönlichen Schulden der Ehefrau, den Architekt Georg Federlin Eheleuten in Pförzheim, den seit 1. Februar 1908 fälligen Jahreszinsen mit 1115 M., 69 Pf. zu fordern habe, mit dem Antrage auf Erlassung folgenden Urteils:
I. Der Beklagte wird verurteilt, zur Befriedigung der klägerischen Forderung von 1115 M., 59 Pf., die Vollstreckung in das Grundstück Lgb. Nr. 3124 im Grundbuch Pförzheim Bd. 43 S. 13, III, Abt. III Nr. 3 zu dulden.
II. Der Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
III. Das Urteil wird gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar erklärt.
Der Kläger lädt den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die II. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Karlsruhe auf **Freitag den 29. Mai 1908, vormittags 9 Uhr,** mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 17. März 1908.
Gamppe,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Öffentliche Zustellung einer Klage.

Q. 52.2.1. Nr. 5772. Konstanz.
Die Schneider August Wallmer Ehefrau, Anna geb. Stamm, zur Zeit in Carlschafen, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Baur in Konstanz, klagt gegen ihren genannten Ehemann, zuletzt wohnhaft in Konstanz, a. St. an unbekanntem Orte, auf Grund des § 1565 B.G.B. auf Ehe-scheidung.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Konstanz auf **Mittwoch, den 18. Mai 1908, vormittags 9 Uhr,** mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Konstanz, den 14. März 1908.
Stierneffel,
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Aufgebot.

Q. 961.3.3. Nr. 3370. Achern.
Die Georg Retterer Ehefrau Maria Anna geb. Burkert in Sasbach hat beantragt, den verschollenen Bäcker Wilhelm Burkert, geb. am 1. September 1847 in Sasbach, zuletzt wohnhaft in Sasbach, für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verschollene wird anheuer, sich spätestens in dem auf Dienstag, den 6. Oktober 1908, vormittags 10 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht Achern anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Achern, den 10. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts Christ.

Aufgebot zwecks Todeserklärung.

Q. 17.2.2. Nr. 3877. Durlach.
Fabrikarbeiter Josef Hurr Witwe, Theresia geb. Schaler in Döblingen, hat beantragt, ihren verschollenen Sohn Johann Hurr, zuletzt wohnhaft in Döblingen, für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Montag, den 23. November 1908, vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht Durlach anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Durlach, den 7. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Eisenträger,
Großh. Amtsgerichtssekretär.

Aufgebot zwecks Todeserklärung.

Q. 76.2.1. Nr. 4009. Durlach.
Der Mechaniker Peter Bach in Karlsruhe hat beantragt, den verschollenen Martin Stier, zuletzt wohnhaft in Döblingen, für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Montag, den 23. November 1908, vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht Durlach anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Durlach, den 12. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Eisenträger,
Großh. Amtsgerichtssekretär.

Aufgebot.

Q. 124.2.1. Eppingen. Der Schloffer Karl Bidel in Pförzheim hat als Eigenbesitzer des Grundstücks Lgb. Nr. 6281 b ar 54 qm Weinberg, Gewann Heimberg der Gemarkung Tiefenbach, das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des Eigentümers des Grundstücks gemäß § 927 B.G.B. beantragt.
Der bisherige Eigentümer wird daher aufgefordert, spätestens in dem auf **Donnerstag den 14. Mai 1908, nachmittags 3 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.
Eppingen, den 18. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Kirchgäbner.

Konkursverfahren.

Q. 98. Nr. 3746. Achern. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Sattlers und Ladierers Georg Huber in Achern ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleichsstermin anberaumt auf **Donnerstag den 9. April 1908, vormittags 11 Uhr,** vor dem Amtsgerichte hier, Zimmer Nr. 1.
Der Vergleichsvorschlag ist zur Einsicht der Beteiligten auf der Gerichtsschreiberei niedergelegt.
Achern, den 17. März 1908.
Christ,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.

Q. 123. Nr. A 3455. Bühl. Ueber das Vermögen der Industrie- und Maschinenbau-Gesellschaft in Bühlertal wird heute am 17. März 1908, nachmittags 7 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsagent Christ in Bühl wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. April 1908 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Samstag den 11. April 1908, vor-**

Konkursverfahren.

Q. 75. Nr. 3557. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emma über Wittwe Kauf, Elsa Stumpf in Karlsruhe-Mühlburg, Inhaberin Elsa Stumpf Ehefrau hier, wurde, nach Abhaltung des Schlußtermins, aufgehoben.
Karlsruhe, den 16. März 1908.
Müller,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 4.

Konkurs.

Q. 78. Tauberbischofsheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters Josef Kauf in Oberbalbach wurde zur Beschlußfassung der Gläubigerversammlung über die freihändige Veräußerung der zur Konkursmasse gehörigen Liegenschaften Termin zur Abhaltung einer Gläubigerversammlung bestimmt auf: **Donnerstag den 26. März 1908, vormittags 9 1/2 Uhr,** vor Großh. Amtsgericht hier.
Tauberbischofsheim, 14. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Waldvogel.

Konkursverfahren.

Q. 125. Nr. 3182. Heberlingen. Ueber das Vermögen des Sägemühlbesizers Anton Gangel in Remmungen wurde heute am 18. März 1908, nachmittags 4 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Rechtsanwalt Rudmich in Heberlingen ist zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 30. April 1908 bei dem Gerichte anzumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Montag den 13. April 1908, nachmittags 4 1/2 Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Samstag den 16. Mai 1908, nachmittags 4 1/2 Uhr.**
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 30. April 1908 Anzeige zu machen.
Heberlingen, den 18. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: C. Beck.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Namensänderung betr.
Fabrikarbeiter Johann August Kaupp in Weil hat um die Ernennung nachgesucht, den Familiennamen seiner am 28. März 1902 in Basel geborenen Nichte Gertrud Martha Kaupp in „Röschard“ zu ändern.
Etwasige Einwendungen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind binnen drei Wochen dahier geltend zu machen.
Karlsruhe, den 16. März 1908.
Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
In Vertretung:
S ü b s c h. Frech.

Entmündigung.

Q. 18. Nr. 2902. Durlach. Tagelöhner Ernst Kisselmann von Ebnobach ist durch Beschluß vom 1. März 1908 wegen Trunksucht entmündigt.
Durlach, den 10. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Eisenträger,
Großh. Amtsgerichtssekretär.

Stratfrechtspflege.

Labung.
Q. 942.3.3. Bannsdorf. Der am 14. Juni 1881 in Berlin geborene, jetzt in Stöcklingen wohnhaft gewesene, a. St. an unbekanntem Orte abwesende Arbeiter Wilhelm Johann Benjamin Vonger wird beauftragt, als Referent auszusenden, ob und unter welcher Bedingung die Auswanderung der Militärbehörde An-

Labung.

Q. 68.3.2. Nr. 3924. Karlsruhe. Der am 30. März 1873 in Basel geborene, zuletzt in Karlsruhe wohnhafte Maler Hermann Ruch wird beauftragt, als Referent ohne Erlaubnis auszusenden, ob und unter welcher Bedingung die Auswanderung des Großherzoglichen Amtsgerichts auf **Mittwoch, den 18. Mai 1908, vormittags 8 Uhr,** vor das Großherzogliche Schöffengericht in Karlsruhe Zimmer Nr. 10/12 zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando in Lörrach ausgestellten Erklärung verurteilt werden.
Karlsruhe, den 11. März 1908.
Germann,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 7.

Labung.

Q. 109.3.2. Nr. 3966. Karlsruhe. Der am 6. Juni 1870 in Eggenstein (Bezirk Offenburg) geborene, zuletzt in Karlsruhe wohnhafte Zigarrenmacher **Josef Ruch,** der am 15. April 1872 in Friesenheim geborene, zuletzt in Mühlburg wohnhafte Tischler **Georg Kronel,** der am 13. Juli 1871 in Aislingen geborene, zuletzt in Grünwinkel wohnhafte Brauer **Georg Bronhuber** werden beauftragt, als Wehrmänner II. Aufgebots ausgewandert zu sein, ohne der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben, Uebertretung gegen § 360,3 B.G.B.
Dieselben werden auf Anordnung des Großherzoglichen Amtsgerichts auf **Freitag den 1. Mai 1908, vormittags 8 Uhr,** vor das Großh. Schöffengericht in Karlsruhe, Zimmer Nr. 10/12, zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung vor dem Königl. Bezirkskommando in Karlsruhe ausgestellten Erklärungen verurteilt werden.
Karlsruhe, den 17. März 1908.
Germann,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Labung.

Q. 33.1. Nr. 2365. Mannheim. Der Gärtner Josef Bach, geboren am 18. September 1876 zu Neckarhausen, dohelfst zuletzt wohnhaft, a. St. unbekannt wo, wird beauftragt, daß er als beurlaubter Wehrmann der Landwehr ohne Erlaubnis ausgewandert ist; Uebertretung gegen § 360 Ziffer 3 B.G.B.
Derselbe wird auf Anordnung Gr. Amtsgerichts Abt. XII hierzuletzt auf: **Donnerstag den 21. Mai 1908, vormittags 9 Uhr,** vor das Großh. Schöffengericht Mannheim, Saal II, zur Hauptverhandlung geladen.
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 B.G.B. von dem Königl. Bezirkskommando Mannheim ausgestellten Erklärung vom 24. Februar 1908 verurteilt werden.
Mannheim, den 11. März 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Abteilung 12.
Raier.

Vermischte Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.
Das Enteignungsverfahren für die Enzforektion zwischen Auer- und Althäckerbrücke in Pförzheim betr.
Seine königliche Hoheit haben mit Allerhöchster Staatsministerialentscheidung d. d. Karlsruhe, den 21. Februar d. J., Nr. 145, gnädigst auszusprechen geruht, daß von den nachbenannten Grundstücken auf Gemarkung Pförzheim die in dem Plane näher bezeichneten Stücke mit dem angegebenen ungefähren Flächeninhalt zum Zwecke der durch die Stadtgemeinde Pförzheim auszuführenden Korrektion der Enz zwischen der Auer- und Althäckerbrücke in Pförzheim an die Stadtgemeinde Pförzheim gegen vorüberige Entschädigung abzutreten seien:
1. von dem Grundstück Lgb. Nr. 930: 262 qm, Eigentümer: Fabrikant Philipp Christmann;
2. von dem Grundstück Lgb. Nr. 969: 508 qm, Eigentümer: Elektrotechniker

Bekanntmachung.

Die öffentliche Verlosung der in diesem Jahre zur Bezahlung gelangenden Schulderschreibungen der israelitischen Gemeinde findet **Mittwoch den 25. März, vormittags 11 Uhr,** im Geschäftszimmer des Synagogengrats statt.
Heidelberg, den 19. März 1908.
Der Synagogengrat:
Ernst Carlsbach.

Papierholz- und Rinden-Verkauf.

Die Forstämter Tobismos und St. Blaffen versteigern auf dem Stock am **Donnerstag den 26. März d. J., vormittags 10 Uhr,** im Felsenkeller in St. Blaffen den diesjährigen Anfall an Papierholz (etwa 5000 Ster) und an Fichtengerbinde (etwa 500 tm).
C. 113
Strasbourg, den 16. März 1908.
Die Direktion.

Strassen- und Gemarkung.

Am 1. Mai 1908 tritt der Nachtrag V zu unserm Lokalfiskal in Kraft. Er enthält: Zusatzbestimmung zu § 27, Abschnitt I, Rinnabahn von Gunden. C. 113
Strasbourg, den 16. März 1908.
Die Direktion.

Sicherung von Brückengeräten.

Die Anlieferung von 465 Quadratmetern feineren, 6 cm starker Gefäßstämme und 477 lb. m eichener Schubleisten 8/5 cm haben wir nach Maßgabe der Verordnung Großh. Ministeriums der Finanzen im Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 3 vom 22. Januar 1907 im öffentlichen Wettbewerb zu vergeben. Die frei Eisenbahnwagen einer badischen Station zu stellenden Angebote sind bis längstens **Samstag den 28. März 1908, nachmittags 5 Uhr,** dem Zeitpunkt der Eröffnung, verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Wettbewerb“ versehen, an uns einzureichen.
Die Bedingungenunterlagen liegen in den üblichen Geschäftsstunden bei uns zur Einsichtnahme auf und werden auch gegen postfreie Einzahlung von 20 Pfennig nach auswärts abgegeben.
Zuschlagsfrist 14 Tage. C. 112
Konstanz, den 16. März 1908.
Großh. Bahnbauinspektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die nachstehenden Arbeiten für die Erweiterung der Station **Waldbrunn** sollen nach Maßgabe der Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden.
Gruppe I.
Erdbewegung rund 22 000 cbm, Herstellung von Wöschungen rund 3000 qm, Befestigung von Straßen, Rampen und Ladeplätzen rund 9500 qm.
Gruppe II.
Maurerarbeiten rund 140 cbm. Es kann auf Gruppe I und II zusammen oder getrennt eingegangen werden. Die Bedingungenunterlagen liegen auf der Kanzlei des Bahnbau-Bureaus in Waldbrunn auf und können zu den üblichen Geschäftsstunden eingesehen werden; ebenda werden die Angebotsformulare abgegeben.
Die Angebote sind postfrei in verschlossener Umschlag mit der Aufschrift „Stationserweiterung Waldbrunn“ bis **Mittwoch den 1. April 1908, nachmittags 2 1/2 Uhr,** an das Bahnbau-Bureau in Waldbrunn einzufenden, insofern zu der genannten Zeit die Eröffnung der Angebote stattfindet.
Zuschlagsfrist 4 Wochen. C. 128
Waldbrunn, den 19. März 1908.
Großh. Bahnbauinspektion Eberbach.

Badisch-pfälzischer Gütertarif.

Mit Gültigkeit vom 25. März 1908 werden im Ausnahmefall 10 für Getreide usw. von Ludwigshafen a. Rh. und Speyer Hafen nach Wombdorf i. S. w. ermäßigte Frachttarife eingeführt. C. 115
Nähere Auskunft erteilen die Stationen.
Karlsruhe, den 18. März 1908.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.

Bekanntmachung.

Die öffentliche Verlosung der in diesem Jahre zur Bezahlung gelangenden Schulderschreibungen der israelitischen Gemeinde findet **Mittwoch den 25. März, vormittags 11 Uhr,** im Geschäftszimmer des Synagogengrats statt.
Heidelberg, den 19. März 1908.
Der Synagogengrat:
Ernst Carlsbach.

Papierholz- und Rinden-Verkauf.

Die Forstämter Tobismos und St. Blaffen versteigern auf dem Stock am **Donnerstag den 26. März d. J., vormittags 10 Uhr,** im Felsenkeller in St. Blaffen den diesjährigen Anfall an Papierholz (etwa 5000 Ster) und an Fichtengerbinde (etwa 500 tm).
C. 113
Strasbourg, den 16. März 1908.
Die Direktion.

Strassen- und Gemarkung.

Am 1. Mai 1908 tritt der Nachtrag V zu unserm Lokalfiskal in Kraft. Er enthält: Zusatzbestimmung zu § 27, Abschnitt I, Rinnabahn von Gunden. C. 113
Strasbourg, den 16. März 1908.
Die Direktion.

Sicherung von Brückengeräten.

Die Anlieferung von 465 Quadratmetern feineren, 6 cm starker Gefäßstämme und 477 lb. m eichener Schubleisten 8/5 cm haben wir nach Maßgabe der Verordnung Großh. Ministeriums der Finanzen im Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 3 vom 22. Januar 1907 im öffentlichen Wettbewerb zu vergeben. Die frei Eisenbahnwagen einer badischen Station zu stellenden Angebote sind bis längstens **Samstag den 28. März 1908, nachmittags 5 Uhr,** dem Zeitpunkt der Eröffnung, verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Wettbewerb“ versehen, an uns einzureichen.
Die Bedingungenunterlagen liegen in den üblichen Geschäftsstunden bei uns zur Einsichtnahme auf und werden auch gegen postfreie Einzahlung von 20 Pfennig nach auswärts abgegeben.
Zuschlagsfrist 14 Tage. C. 112
Konstanz, den 16. März 1908.
Großh. Bahnbauinspektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die nachstehenden Arbeiten für die Erweiterung der Station **Waldbrunn** sollen nach Maßgabe der Verordnung Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden.
Gruppe I.
Erdbewegung rund 22 000 cbm, Herstellung von Wöschungen rund 3000 qm, Befestigung von Straßen, Rampen und Ladeplätzen rund 9500 qm.
Gruppe II.
Maurerarbeiten rund 140 cbm. Es kann auf Gruppe I und II zusammen oder getrennt eingegangen werden. Die Bedingungenunterlagen liegen auf der Kanzlei des Bahnbau-Bureaus in Waldbrunn auf und können zu den üblichen Geschäftsstunden eingesehen werden; ebenda werden die Angebotsformulare abgegeben.
Die Angebote sind postfrei in verschlossener Umschlag mit der Aufschrift „Stationserweiterung Waldbrunn“ bis **Mittwoch den 1. April 1908, nachmittags 2 1/2 Uhr,** an das Bahnbau-Bureau in Waldbrunn einzufenden, insofern zu der genannten Zeit die Eröffnung der Angebote stattfindet.
Zuschlagsfrist 4 Wochen. C. 128
Waldbrunn, den 19. März 1908.
Großh. Bahnbauinspektion Eberbach.

Badisch-pfälzischer Gütertarif.

Mit Gültigkeit vom 25. März 1908 werden im Ausnahmefall 10 für Getreide usw. von Ludwigshafen a. Rh. und Speyer Hafen nach Wombdorf i. S. w. ermäßigte Frachttarife eingeführt. C. 115
Nähere Auskunft erteilen die Stationen.
Karlsruhe, den 18. März 1908.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.